

Säuberung bei den polnischen Gewerkschaften : der Wille der Arbeiter beginnt sich durchzusetzen

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des
Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **49 (1957)**

Heft 1

PDF erstellt am: **24.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353780>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Säuberung bei den polnischen Gewerkschaften

Der Wille der Arbeiter beginnt sich durchzusetzen

Im Wirbel des großen Geschehens der letzten Wochen war es geradezu unvermeidlich, daß manche Ereignisse von großer Tragweite nicht den Widerhall fanden, den sie an sich verdient hätten. Zu ihnen gehört eine der wichtigsten Komponenten im Aufstand des polnischen Volks gegen Moskau, der Umsturz in der polnischen Gewerkschaftsbewegung. Wie immer man die Veränderungen in Polen und die Zukunftsaussichten Gomulkas wertet, die Beseitigung nicht nur der bisherigen Leitung, sondern auch die radikale Abkehr von den Methoden dessen, was sich in Polen bisher sehr zu Unrecht «Gewerkschaftsbewegung» nannte, stellt ein revolutionäres Ereignis dar, das mit einer Eindeutigkeit, wie man sie kaum für möglich gehalten hätte, die üble Vergangenheit verdammt, allen Versuchen, zu ihr zurückzukehren, den Weg abschneidet und sich um die Eröffnung einer Bahn in eine lichtere Zukunft bemüht.

Was sich in Polen auf diesem Gebiet zugetragen hat, ist die denkbar stärkste und eindruckvollste Rechtfertigung der Grundsätze, auf denen die freien Gewerkschaften aufgebaut sind. Sie sind – auch wenn manches darauf hindeutet, daß man die polnischen Arbeiter wieder für eine Art «zahmeren» Kommunismus mißbrauchen will – eine Bestätigung und Unterstreichung alles dessen, was die freie Welt und da besonders die freigewerkschaftliche Bewegung an grundsätzlicher Kritik der kommunistischen Methoden in den letzten Jahren vorgebracht hat.

Die Arbeiter bestehen auf Abrechnung

Als Gomulka Ende Oktober zur Macht kam, hat sich die Führung des sogenannten polnischen «Gewerkschaftsbundes» – lauter geeichte Stalinisten – in ein Mauselloch verkrochen. Der bisherige Vorsitzende, *Wiktor Klosiewicz*, übrigens ein Vizepräsident des kommunistischen «Weltgewerkschaftsbundes», verschwand sofort aus diesem seinem Betätigungsfeld und wurde später aus dem Politbüro der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Aber die Arbeiter begnügten sich nicht mit dem Abzug jener, die sie bisher mit Forderungen nach höheren Arbeitsleistungen gequält hatten und dabei die Stirn besaßen, sich als die einzig legitimen Vertreter von Arbeiterinteressen auszugeben. Sie bestanden auf der Einberufung einer Volltagung des sogenannten Zentralgewerkschaftsrates, um dort Abrechnung zu halten. Die Konferenz trat am 16. November zusammen. In zwei Tagen sollte programmgemäß alles vorbei sein; aber da sich 125 Delegierte von insgesamt 550 zum Wort meldeten, mußte die Tagungszeit verdoppelt werden. Radio Warschau, das in ungewöhnlicher Ausführ-

lichkeit über die Verhandlungen berichtete, sprach davon, daß es fast ununterbrochen Sturmszenen gegeben habe, und bezeichnete die gehaltenen Reden als «leidenschaftlich». Die Tagung begann damit, daß die Delegierten – in einem kommunistisch regierten Land! – die vorgelegte Traktandenliste ablehnten und dafür auf Antrag des Metallarbeiterverbandes eine andere beschlossen: Wahl eines Tagungsvorsitzenden, Rücktritt des alten Präsidiums, Diskussion, Wahl neuer Funktionäre. *Wit Hanke*, der Obmann des Bergarbeiterverbandes, wurde zum Vorsitzenden der Tagung gewählt. Das gesamte bisherige Präsidium ließ durch Hanke seinen Rücktritt verkünden. Doch die Arbeiter ließen nicht zu, daß es so billig davonkommt. Sie beharrten darauf, daß die abtretenden Funktionäre Rede und Antwort stehen und daß Vertreter der Regierung und der Kommunistischen Partei an der Tagung erscheinen; diesen Forderungen mußte Rechnung getragen werden. Die erste Sitzung begann mit dem Bericht eines Mitgliedes der Revisionskommission namens Kalski, der «viele Beispiele einer skandalösen Verwirtschaftung von Gewerkschaftsmitteln» vorlegte. Den Hauptangriff führte der Metallarbeiter *Slonimski* von den Warschauer «Zeran»-Automobilwerken, der ausdrücklich erklärte, im Auftrag der Arbeiter auch anderer Fabriken zu sprechen. Hier ist ein Auszug aus seiner Rede:

Jetzt geben sie plötzlich zu, daß viele Fehler gemacht worden sind. Daß es falsch war, uns 25 Prozent vom Lohn zur Kostensenkung abzuziehen. Daß wir höhere Kinderzulagen hätten bekommen sollen. Aber damit, daß sie zugeben, daß wir recht hatten, war auch alles getan. Nachher geschah gar nichts... Die Gewerkschaften waren nur ausführende Organe der staatlichen Anordnungen... Sie waren niemals, was sie sein sollten, Verteidiger und Sprecher der arbeitenden Massen. Sie hätten autonome Organe sein sollen, aber sie waren bloß Organe des Gehorsams und nichts anderes... Ich bin der Meinung, und das ist auch die Auffassung anderer Belegschaften, daß jene, die nicht schon von selbst gegangen sind und unser Vertrauen nicht genießen, gegangen werden müssen. Darum verlangen wir die Einberufung eines Gewerkschaftskongresses zum frühest möglichen Termin. Wir haben genug von ihrer leblosen Heuchelei. Jene, die die Gewerkschaftsbewegung komprimittiert haben, müssen dorthin zurück, wo sie herkamen, und durch ihre Arbeit beweisen, daß sie wenigstens noch menschliche Wesen sind. Lasset die neuen Gewerkschaften von neuen Leuten bilden, die unser Vertrauen haben. Lasset sie eine neue Taktik durch *Verfolgung der besten ausländischen Muster* beginnen, aber dabei niemals die Realitäten aus dem Gesicht verlieren!

Zum Abschluß verlangte der Redner ein neues Gewerkschaftsstatut, das die Demokratie innerhalb der einzelnen Verbände sichern und dafür sorgen würde, daß alle Funktionäre von der Mitgliedschaft frei gewählt werden – eine Forderung, die kein Arbeiter in einem demokratischen Land erst aufstellen müßte. Inzwischen waren Vizepremier *Jaroszewicz* und Vertreter der Kommunistischen Partei er-

schienen (der Regierungschef, Cyrankiewicz, und der Parteichef, Gomulka, waren gerade in Moskau) und mußten sich die scharfen Anklagen, die nach Slonimski noch andere Redner vorbrachten, anhören. Ein allen heiklen Dingen ausweichender «Tätigkeitsbericht» von *Kulesza* als Sprecher der abtretenden Führung wurde mit ironischem Gelächter aufgenommen – was *Kulesza* zu sagen hatte, war für die Tagung ganz ohne Belang.

«*Ich bin nicht allein schuldig . . .*»

Mit um so größerem Interesse wurde am nächsten Morgen die Verteidigungsrede angehört, zu der man *Klosiewicz* gezwungen hatte. Er begann mit einer Darlegung, daß es zwei Perioden in der Nachkriegsentwicklung der Gewerkschaften gegeben habe, die «Zeit der Errungenschaften» bis 1949 und die «Zeit des Niedergangs» von 1949 bis 1956. Aber er habe keineswegs die «Demokratisierung» des Landes und der Gewerkschaften obstruiert, denn unter seiner Leitung sei 1956 der Beschluß zustande gekommen, keine Geheimaufzeichnungen über das Privatleben der Gewerkschaftsmitglieder mehr zu führen. Und das wird als ein besonderes Verdienst für die Demokratie betrachtet! Er, der arme *Klosiewicz*, sei unschuldig, denn er habe ja nur getan, was die Partei angeordnet hatte:

«Ich leugne meine Verantwortlichkeit nicht für das, was geschehen ist, aber ich bin nicht verantwortlich für alles Uebel, das sich in der Gewerkschaftsbewegung angehäuft hatte. Ich kann höchstens dafür verantwortlich gemacht werden, daß ich in den Jahren 1952, 1953 und 1954 die Einschätzung der Situation übernommen habe, die die Parteiführung verkündet hat, ohne eine eigene zu besitzen. . . In diesem Umfang bin ich bereit, meinen Teil der Verantwortung zu tragen. Man möge mich mit all den andern zur Verantwortung ziehen, die mit mir den gegenwärtigen Stand der Dinge verschuldet haben. Aber ich glaube nicht, daß es gerecht wäre, *Klosiewicz* allein aufzuhängen, wenn so viele andere an den Dingen ebenso beteiligt waren!

Dieser Versuch, sich hinter den Untaten eines Kollektivums zu verstecken, wurde von der Tagung mit Unwillen aufgenommen. *Lis*, der Vertreter der Krankenhausangestellten, gab *Klosiewicz* sofort eine gründliche Antwort:

Unsere Menschen haben das Vertrauen in die Gewerkschaften verloren, weil diese ihre Lebensprobleme nicht lösten. Sie waren *nichts als Botenjungen*. Sie mußten die unangenehmste und unpopulärste Arbeit leisten, und sie haben das gehorsam getan. Das dem *Leben des Landes aufgezogene System* beherrschte auch die Gewerkschaften. Im Gewerkschaftsbund gab es eine Clique von Apparatschiki. Sie genossen Privilegien und fühlten sich als etwas Besseres als die Klasse, der sie entstammten. Wir hatten große, mittlere und kleine Bonzen!

Sich direkt an Klosiewicz wendend, sagte Lis:

Genosse Klosiewicz, du willst dich auf folgende Art aus der Affäre ziehen: «Ich habe nur die Parteilinie befolgt, weil jedes Parteimitglied verpflichtet war, die Parteilinie zu befolgen. Werft daher keine Steine auf mich, denn wir sind alle gleich schuldig!» Genosse Klosiewicz, so sollte ein Gewerkschaftsführer, der in wichtigen Dingen persönliche Entscheidungen getroffen hat, nicht sprechen... Du vertrittst ein bestimmtes System, einen bestimmten Arbeitsstil, und wir greifen dieses System an. Es war ein schlechtes System... Nichts darf davon übrigbleiben. Alte Fehler und Ungerechtigkeiten müssen gutgemacht werden, kompromittierte Leute ausgeschaltet — jene, die die Schuld an diesen Dingen tragen —, und es müssen Funktionäre gewählt werden, die das Vertrauen der Belegschaften genießen und wirklich die Interessen der Arbeiterklasse vertreten.

Ein neues Lied! Ein besseres Lied?

Am dritten Verhandlungstag ging die unbarmherzige Kritik an der unmittelbaren Vergangenheit weiter. Die größte Ueberraschung war die Rede des Parteisekretärs *Wladyslaw Matwin*, der sich namens der Kommunistischen Partei an die Seite der Kritiker von Klosiewicz stellte:

Ich glaube, daß unsere erste Schlußfolgerung die folgende zu sein hat: die Partei muß der neuen Kampf Stimmung der Gewerkschaften voll Rechnung tragen und sich hinter die Unabhängigkeit der Gewerkschaften stellen... Demokratie und Wahlen für alle Gewerkschaftsorgane müssen verwirklicht werden!

Unter Anspielung auf Gomulkas Verhandlungen in Moskau sagte Matwin dann:

Was bedeutet das, Genossen? Es bedeutet, daß wir die äußeren und heimischen Voraussetzungen für den Aufbau eines *neuen Sozialismus* auf unsere eigene Art und Weise haben werden. Wir wissen noch immer nicht genau, wie dieser neue Sozialismus aussehen wird. Wir wissen aber eines sehr genau: *wie er nicht aussehen kann und aussehen darf!* Das wissen wir von unserer eigenen Erfahrung. Wir müssen zusammenwirken, um die Grundlagen eines Sozialismus zu legen, den man liebhaben kann!

Das alles mag nur gesprochen worden sein, um die oppositionelle Stimmung der Konferenz in Loyalität für die neue Parteilinie umzubiegen. Aber daß der Vertreter der Kommunistischen Partei vor Gewerkschaftsfunktionären sich ihre Kritik am Kommunismus so weit zu eigen machen muß — der Vizepremier, *Piotr Jaroszewicz*, sprach im ähnlichen Sinne —, hat symptomatische Bedeutung. Aus der weiteren Debatte sei noch die Rede eines ungenannten Eisenbahners hervorgehoben, der unter anderem folgendes sagte, was ein

Licht auf die Arbeitsverhältnisse in kommunistisch regierten Ländern wirft:

Die Mehrzahl der Eisenbahner erfreut sich nicht der Vorteile, die in den Arbeiterschutzgesetzen niedergelegt sind. Tausende Angestellte im Verkehrsdienst arbeiten nicht 200 Stunden im Monat, sondern 240, 300 und sogar 360 Stunden. Sie erhalten keine Ueberstundenentschädigung. Unbezahlte Ueberstunden wurden durch ein Gesetz aus dem Jahre 1919 möglich gemacht, das bis heute nicht abgeschafft wurde... Es ist kein Geheimnis, daß es *viele Arbeitslose gibt*. Die Eisenbahner verlangen, daß man sie in den Eisenbahndienst einstellt!

Viele Arbeitslose in einem von den Kommunisten beherrschten Staat! Der Unterschied zwischen diesem und anderen Ländern ist allerdings, daß dank der Existenz einer freien Arbeiterbewegung in nichtkommunistischen Staaten die Arbeitslosen Unterstützungen erhalten. Ein Delegierter des Lenin-Stahlwerks Nowa Huta (bisher ein Schaustück des Regimes) klagte auch über Arbeitslosigkeit:

Wir müssen auf der Erhöhung der Kinderzulagen bestehen, damit Mütter, die bisher bloß aus finanziellen Erwägungen in der Fabrik arbeiten mußten, von jetzt an ihren Haushaltspflichten nachgehen können. Die Arbeiter der Lenin-Werke sind auch der Ansicht, daß man der Arbeitslosigkeit durch Belebung der Wirtschaft in vernachlässigten kleineren Städten, durch Unterstützung des Handwerks und Wiedereröffnung kleiner Betriebe Herr werden könnte, die geschlossen worden waren...

Bezeichnende weitere Forderungen waren, daß nicht, wie bisher, Militärdienst als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses angesehen werde und daher ebenso wie Arbeitsplatzwechsel zu einer Verkürzung des Urlaubsanspruches führen solle. Wer das hört, bekommt einen Begriff von kommunistischer «Sozialpolitik».

Die Gewerkschaften müssen unabhängig sein!

Die Tagung endete mit der Annahme einer Resolution, die es klar aussprach, daß eine Wiedergeburt der Gewerkschaftsbewegung voraussetze, daß diese vom Regime voll unabhängig ist, und «an die *besten Vorkriegstraditionen* und an die Tradition der ersten Nachkriegsjahre» anknüpft, also nicht den Charakter einer von den Kommunisten gegängelten Organisation haben dürfe. Die Tagung, heißt es weiter in der Resolution, anerkenne voll die «ideologische und politische Führung der Partei», beharre aber auf der Liquidierung des von der Partei auf die Gewerkschaften ausgeübten Druckes. Die Gewerkschaften sollten ihre eigenen Vertreter ins Parlament entsenden können (ein offenkundiger Versuch, das Einparteiensystem de facto zu beseitigen, wenn se de jure noch nicht geht), das Recht haben, Gesetzesanträge einzubringen und das Recht, der Stimme der

breiten Massen Ausdruck zu geben. Neben diesen für kommunistische Ohren ketzerischen Forderungen wiegt die zögernde und recht ein-silbige Anerkennung des Primats der Kommunistischen Partei nicht sehr schwer. Bezeichnend ist wieder das von der Resolution an die Regierung gerichtete Verlangen, das Problem der *Arbeitslosigkeit* zu lösen und *Arbeitslosenunterstützungen* einzuführen.

Mißbrauch der Gewerkschaften zur Festigung des heutigen Systems?

Inzwischen dürfte noch viel Wasser die Weichsel herunterfließen, und niemand kann voraussagen, in welcher internationalen und innerpolitischen Situation der Kongreß tagen wird. Schon waren deutlich Kräfte am Werk, die rebellische Stimmung bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern – Klosiewicz erwähnte eine Mitgliederzahl von 4,5 Millionen – für Zwecke auszuwerten, die sie bei der Warschauer Konferenz kaum im Sinne hatten, nämlich für die Festigung des reformierten kommunistischen Systems. Der neugewählte Präsident, *Ignacz Loga-Sowinski*, ist ein Mitglied des Politbüros und ein Gomulka-Anhänger. Die bis jetzt ausgegebenen programmatischen Erklärungen des Präsidiums drücken sich wesentlich unbestimmter und weniger kämpferisch aus als die Warschauer Konferenz. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, wird da gesagt, «der Führung grundsätzliche Forderungen vorzulegen», also offenbar nicht, die Interessen der Arbeitnehmer auf jeder Ebene kompromißlos zu vertreten. *Kulesza* (aus Klosiewicz's davongejagter Führungsgruppe) sitzt trotz der unfreundlichen Aufnahme, die er bei der Konferenz fand, als Sekretär des Gewerkschaftsbundes wieder im Sattel. Immerhin verspricht die neue Führung – und das ist wieder bezeichnend – die Ausarbeitung eines Programms zur *Besserung der Beschäftigungslage, Erhöhung der Kinderzulagen, des Krankengeldes* usw. Aber Gomulka hat schon dazu gesehen, daß viel Wasser in den Wein gemischt wird. In seinem Dilemma – einerseits die Notwendigkeit, Arbeiterforderungen zu erfüllen, andererseits das wirtschaftliche Chaos, das die Stalinisten angerichtet haben – hat er bereits Wit Hanke vom Bergarbeiterverband mitgeteilt, daß die Bergleute im Augenblick mit keinen Lohnerhöhungen rechnen könnten. Die Sonntagsarbeit in den Gruben, sagte er, sei sicher schädlich. Er sehe das voll ein, aber der Plan für 1957 sehe immer noch 12 Sonntagschichten im Jahr vor. Er werde zwar in der Partei darüber verhandeln, ob man der Forderung der Bergarbeiter nach ihrer Abschaffung Rechnung tragen könne; aber was würden denn diese versprechen, um den dadurch hervorgerufenen Ausfall wieder gutzumachen? Im verbindlichen Ton, in der Tatsache, daß man mit Arbeitervertretern überhaupt verhandelt, ist das ein großer Fortschritt gegenüber der unmittelbaren Vergangenheit. Aber dem Inhalt nach sind das die alten kommunistischen Argumente.

Dem steht die Tatsache gegenüber, daß die neue Führung der polnischen Gewerkschaften die für Kommunisten vorgeschriebene Treueerklärung Moskau gegenüber demonstrativ unterläßt und auch den *Weltgewerkschaftsbund* völlig unerwähnt läßt. Als die ungarischen Arbeiter sich ihre kurzlebige Freiheit erkämpften, war der erste Schritt der ihrem Zweck wiedergegebenen Gewerkschaftszentrale, die Verbindungen zum Weltgewerkschaftsbund als dem Symbol der Pervertierung des gewerkschaftlichen Gedankens abzubauen. Auch nachdem die sowjetischen Panzer ihr blutiges Werk verrichtet hatten, gelang es nicht, eine an Stelle echter Gewerkschaften funktionierende Zwangsorganisation nach dem alten, schlechten Vorbild aufzurichten. Die unter Kadar bestehende «Gewerkschaftszentrale» befließigt sich, Besserung gegenüber den Verbrechen der durch die Namen Rakosi und Gerö bezeichneten Vergangenheit zu geloben. Aber sie hat ihre unveränderte Mitgliedschaft im Weltgewerkschaftsbund unterstrichen und das durch die Anwesenheit von Louis Saillant, dem Sekretär des Bundes, bekräftigen lassen. Die regenerierte polnische Gewerkschaftsbewegung, deren Verhältnis zu den neu in die Höhe schießenden Arbeiterräten gleichfalls ungeklärt bleibt, hat sich bisher sowohl gehütet, dem Weltgewerkschaftsbund den Rücken zu kehren, als auch den Fortbestand der Mitgliedschaft in Erinnerung zu rufen. So vollzieht sich die Entwicklung in Polen zweifellos in einem Zwielficht, wozu der Umstand nicht wenig beitragen mag, daß die Führung sich selbst nicht darüber im klaren ist, wie weit sie gehen kann, ohne in Moskau eine «ungarische» Reaktion hervorzurufen. Aber das eine ist sicher: nach dieser mutigen Demonstration der polnischen Arbeiter, nach ihrem *eindeutigen Bekenntnis zu den Idealen, die die freie Gewerkschaftsbewegung beseelt*, kann es ein Zurück zu einer Vergangenheit nicht geben, die auch die verstocktesten Stalinisten abzuschwören bemüht sind.

J. W. Brügel, London

Buchbesprechungen

Evangelisches Soziallexikon. Herausgegeben vom Deutschen Evangelischen Kirchentag. Kreuzverlag, Stuttgart. 1183 Seiten. Fr. 43.50.

Wer Gerhart Hauptmanns «Weber» je gesehen oder gelesen hat, vergißt nicht jene üble Figur des Pfarrers, der für den ausbeuterischen Fabrikanten Dreißiger Partei nimmt und den Kampf der ausgehungerten Weber als gottlos verdammt. Die Wendung der evangelischen Kirche den sozialen Fragen gegenüber wird allein schon augenfällig durch das vorliegende voluminöse Handbuch. Lassen wir die Frage nach den Ursachen dieser Sinnesänderung offen und freuen wir uns, daß sich nun auch die evangelische Kirche ernsthaft um die soziale Verantwortung des Christen bemüht.

Das Lexikon bietet freilich weder eine Soziallehre der Kirche noch zeigt es eine einheitliche Geisteshaltung. Neben kühner Aufgeschlossenheit findet sich auch frömmlicher Enge. Der Stoffkreis, den das Lexikon umschließt, ist weit-